



Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/2804
VORLAGE

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

17. November 2022

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
-	-	Marko Andelic marko.andelic@mdi.rlp.de	06131 16-3210 06131 16-17-3210

Sitzung des Innenausschusses am 14. November 2022
TOP 6: Unterziehschutzwesten der Polizei
Antrag der Landesregierung nach § 76 Abs. 4 GOLT
- Vorlage 18/2718 -

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

in der Sitzung des Innenausschusses am 14. November 2022 wurde zu TOP 6 „Unterziehschutzwesten der Polizei“ schriftliche Berichterstattung vereinbart. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Bericht den Mitgliedern des Innenausschusses zu übermitteln.

Bereits in der Sitzung des Innenausschusses am 20. September wurde über nicht bestande Beschusstests von Unterziehschutzwesten bei der rheinland-pfälzischen Polizei informiert. Bei einem Beschussszenario bestand die Weste einen angepresst aufgesetzten Schuss nicht. Hierbei wird beim Testaufbau simuliert, dass eine Täterin oder ein Täter eine Waffe mit einem verlängerten Lauf, analog einer Maschinenpistole, und einem Anpressdruck von ca. zehn Kilogramm, in einem Winkel von 90 Grad auf die Schutzweste aufsetzt und einen Schuss abgibt. Genau diesen Schuss hat die Weste nicht gehalten. Der Schuss ging durch diese hindurch. Alle übrigen Beschussszenarien verliefen unauffällig.

Durch dieses Ergebnis schied zum Einen eine mögliche Verlängerung der Tragezeit aus; zum Anderen stellte sich die Frage, ob auch andere Schutzwesten davon betroffen



sein könnten. Insgesamt sind bei der Polizei Rheinland-Pfalz **1.304** Schutzwesten mit einem Alter von unter zehn Jahren und **2.011** Westen mit einem Alter von über zehn Jahren betroffen.

Auch wenn die Schutzwirkung der Unterzieschutzwesten lediglich beim aufgesetzten Schuss unter den zuvor beschriebenen Labor-Bedingungen nicht abgehalten wird, halten wir es zum Schutz unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für dringend erforderlich die Mängel schnellstmöglich zu beseitigen und kurz- sowie langfristige Lösungen für alle Betroffenen anzubieten. Seit Bekanntwerden der Problematik hat das Polizeipräsidium Einatz, Logistik und Technik gemeinsam mit Vertretern der Polizeiabteilung im Innenministerium sofort intensive Verhandlungen mit der Herstellerfirma MEHLER geführt. Hierbei zeigt sich die Firma MEHLER durchweg kooperativ und lösungsorientiert. Ich möchte Sie gerne über das sehr zufriedenstellende und abschließende Verhandlungsergebnis informieren, welches wir am 6. Oktober 2022 erzielen konnten.

Um die Sicherheit für alle betroffenen Polizeibeamtinnen und -beamten wieder herzustellen, werden bis Ende 2022 so genannte Aufrüstsätze für alle betroffenen Schutzwesten ausgeliefert. Dabei handelt es sich um zusätzliche weichballistische Pakete, die zusammen mit dem bisherigen Paket in die Vorder- und Rückseite der Tragehülle eingeführt werden. Diese kurzfristig umsetzbare Maßnahme haben die Anwenderinnen und Anwender im Rahmen eines Trageversuchs als praktikabel und tragbar erachtet. Zusätzlich wird diese Überbrückungslösung mit den Aufrüstsätzen im Hinblick auf die ballistische Halteleistung zertifiziert, um bezogen auf die Sicherheit der Nutzerinnen und Nutzer keine Risiken einzugehen.

Mittelfristig erfolgt im Laufe des Jahres 2023 ein Komplettaustausch für die in der Garantie befindlichen Westen. Hierbei wurde durch die Firma MEHLER angeboten, weichballistische Pakete analog den damaligen Gegebenheiten aus dem laufenden Rahmenvertrag aus dem Jahr 2012 mit dem damaligen Standard auf Kulanz auszuliefern. Dies wäre juristisch zwar nicht zu beanstanden, um aber die



größtmögliche Sicherheit für die betroffenen Polizeibeamtinnen und -beamten herzustellen, haben wir bei den Verhandlungen die Auslieferung des modernsten weichballistischen Paketes aus dem Jahr 2019 gefordert, wobei wir je Westensatz eine Zuzahlung aus dem Polizeihushalt leisten werden. Das ist aus unserer Sicht eine gut angelegte Investition.

Die Vorbereitungen zur Platzierung eines neuen Rahmenvertrags am Markt erfolgen derzeit durch das Polizeipräsidium Einsatz, Logistik und Technik. Dabei verfolgen wir das Ziel nach Auslaufen des aktuellen Rahmenvertrags nahtlos in einen neuen Vertrag mit dem dann bezuschlagten Anbieter einzusteigen. Über diesen Rahmenvertrag können wir dann ebenfalls ab 2023 beginnen, auch die nicht mehr über die Garantie abgedeckten Schutzwesten durch neue Modelle zu ersetzen.

Mit freundlichen Grüßen


Michael Ebling